

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 8038/39
Telex: 888 846 ppbn d
Telefax: 21 0664



Inhalt

45. Jahrgang / 217

13. November 1990

Dr. Hermann Scheer
MdB zum größten
Skandal in der Ge-
schichte des westli-
chen Bündnisses: Wel-
che Rolle spielt die
NATO-Geheimtruppe
"Gladio"?

Seite 1

Helmuth Becker MdB
zum 1. Jahrestag der
Unterzeichnung der
Gemeinsamen Erklä-
rung beider Staaten:
Neue Qualität in den
deutsch-polnischen
Beziehungen.

Seite 2

Dokumentation

Michael Müller MdB hat
die Erklärung
"Ökologische Selbst-
verpflichtung - Ein Auf-
ruf zum Handeln" initi-
iert, in der praktische
Konsequenzen aus den
vorliegenden Erkennt-
nissen über die fort-
schreitende Umwelt-
zerstörung verlangt
werden.

Wortlaut

Seite 3

Welche Rolle spielt die NATO-Geheimtruppe "Gladio"? Zum größten Skandal in der Geschichte des westlichen Bündnisses

Von **Dr. Hermann Scheer** MdB
Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten

Noch steht bisher nur die italienische Politik Kopf, aber auch in der deutschen Politik kann nicht länger über die Existenz der NATO-Geheimtruppe Gladio geschwiegen werden. Was in Italien mittlerweile zu einer Verfassungskrise geführt hat, ist auch in der Bundesrepublik Deutschland oder in jedem anderen NATO-Mitgliedland mit der Verfassung unvereinbar: Es ist bekannt geworden, daß es schon seit Jahrzehnten eine NATO-Geheimtruppe gibt, deren Existenz angeblich nicht einmal einigen Ministerpräsidenten und Verteidigungsministern bekannt war. Diese Geheimtruppe untersteht einem "Geheimen Alliierten Komitee", dessen Vorsitz unter den NATO-Mitgliedsländern ruht. Gegenwärtig hat Belgien den Vorsitz - wovon sich sogar der belgische Verteidigungsminister Guy Goeme überrascht zeigte.

Versuchte man in Italien zunächst den Eindruck zu erwecken, diese Geheimtruppe existiere nur dort, so mußte NATO-Generalsekretär Wörner inzwischen öffentlich zugeben, daß sie sich auf die NATO insgesamt erstreckt. Inzwischen wurde - nachzulesen in der renommierten italienischen Tageszeitung Repubblica - bekannt, daß noch Ende Oktober die letzte Sitzung dieses "Geheimen Alliierten Komitees" stattfand, unter Beteiligung der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs - und Deutschlands.

Das Prekäre an dieser Geheimtruppe ist nicht nur, daß sie außerhalb jeder Kontrolle von Parlamenten und Kabinetten bestand - und daß ihre Existenz ein glatter Verstoß gegen die demokratischen Verfassungen ist, die solche Institutionen nicht erlauben. Noch prekärer ist die in Italien bekannt gewordene Tätigkeit dieser Geheimtruppe, die sich - den ausführlichen Berichten in der gesamten italienischen Presse zufolge - bis auf die Zusammenarbeit mit rechtsradikalen Terroristen und die Durchführung von mörderischen Terroranschlägen zu

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
with recycled paper
Recycling-Paper



erstrecken scheint - mit dem Ziel einer Destabilisierung von Regierungen. Offenkundig operierte diese Geheimtruppe vorwiegend gegen linksgerichtete Personen und Parteien. Die griechische Obristendiktatur war nach Aussagen des italienischen Ministerpräsidenten Andreotti nur mit Hilfe dieser Truppe möglich. Die Geheimtruppe soll vorwiegend aus rechtsradikalen Personenkreisen rekrutiert worden sein.

Es ist höchste Zeit, daß die Bundesregierung dazu Stellung nimmt und öffentlich Auskunft erteilt. Um dies zu veranlassen, habe ich folgende schriftliche Fragen an die Bundesregierung gestellt:

1. Auf welchen Personenkreis innerhalb der Bundesregierung erstreckte sich die Kenntnis der Existenz der NATO-Geheimtruppe Gladio, welcher Vertreter der Bundesregierung gehört dem "Geheimen Alliierten Komitee" an, dem die NATO-Geheimtruppe Gladio unterstellt ist, und welcher politischen Verantwortung ist dieser Vertreter unterstellt?
2. Gibt es deutsche Staatsbürger, die Mitglied der NATO-Geheimtruppe Gladio sind beziehungsweise befinden sich Einheiten dieser Geheimtruppe auf deutschem Staatsgebiet und welche Funktionen sind gegebenenfalls diesen Einheiten zugedacht?
3. Ist den Vertretern der Bundesrepublik Deutschland im "Geheimen Alliierten Komitee" der NATO-Geheimtruppe Gladio bekannt, daß diese mit rechtsextremen Kreisen in enger Verbindung steht - und welche Konsequenzen wurden gegebenenfalls daraus gezogen?
4. Wie vereinbart die Bundesregierung die Existenz einer NATO-Geheimtruppe Gladio mit dem Nordatlantikvertrag und, wenn sich Einheiten dieser Geheimtruppe auf deutschem Territorium befinden sollten, mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland?

(-/13.11.1990/rs/ks)

Neue Qualität in den deutsch-polnischen Beziehungen

Zum 1. Jahrestag der Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung beider Staaten

Von Helmuth Becker MdB

Vorsitzender des Gesprächskreises Polen der SPD-Bundestagsfraktion
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Am 14. November 1990 wird an den ersten Jahrestag der Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland durch Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki und Bundeskanzler Helmut Kohl gedacht. Für die deutsch-polnischen Beziehungen und für ganz Europa hat damit eine neue Epoche von herausragender Bedeutung begonnen.

Dieses deutsch-polnische Treffen auf höchster Regierungsebene gilt als ein Meilenstein im Prozeß der Annäherung und der Verständigung beider Völker. Darüber hinaus hat es für die Aufhebung des politischen und wirtschaftlichen Trennungsgefälles zwischen West- und Osteuropa symbolischen Charakter.

Im Zuge des deutschen Einigungsprozesses wurde es möglich, daß Volkskammer und Deutscher Bundestag im Juni 1990 gleichlautende Entschlüsse zur Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze verabschiedeten. Nach dem endgültigen Vollzug der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 und nach dem neuesten Treffen am 8. November 1990 zwischen Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki und Bundeskanzler Helmut Kohl in Frankfurt an der Oder kann es nun zu einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag über die Grenze mit Polen kommen, der bereits am Mittwoch in Warschau durch den polnischen Außenminister Krzysztof Skubiszewski

und den Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in Warschau unterzeichnet wird, mit dem Grenzfragen der Vergangenheit angehören werden.

Nach jahrelangem Ringen um Normalisierung und Entspannung kann jetzt ein Wendepunkt in den deutsch-polnischen Beziehungen eintreten.

In dieser Situation müssen sich die beiden Nationen noch mehr als bisher um Beseitigung jeglicher Mißverständnisse und Ressentiments bemühen, die seit dem Zweiten Weltkrieg bestehen. Das kann jedoch nur auf dem Weg des wechselseitigen Austausches und durch die Zusammenarbeit im bildungspolitischen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereich geschehen.

In den 78 Punkten der Gemeinsamen Erklärung wurde der Wille zur umfassenden deutsch-polnischen Entwicklung bekundet. Unterzeichnete Abkommen und getroffene Vereinbarungen über Jugendaustausch, über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik, des Gesundheitswesens und der medizinischen Wissenschaften, über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik, des Gesundheitswesens und der medizinischen Wissenschaften, über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes, über die Förderung der Zusammenarbeit von Unternehmen im Bereich der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, über die gegenseitige Errichtung und die Tätigkeit von Instituten für Kultur und wissenschaftlich-technologische Information bilden eine Grundlage für die Erweiterung des guten und nachbarschaftlich-freundschaftlichen deutsch-polnischen Verhältnisses.

Seit der Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung ist ein Jahr vergangen. Es sind allerdings nur einige dieser Vorhaben in Ansätzen verwirklicht worden. So müssen noch manche Fragen geklärt werden, wie zum Beispiel das Problem der deutschen Minderheit in Polen, damit nichts mehr der Gestaltung eines umfassenden Freundschaftsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen im Wege steht.

In diesem Rahmen sind die neuesten Regierungsentscheidungen über Aufhebung der Visapflicht, über Errichtung eines deutsch-polnischen Jugendwerkes und über Ausbau der Autobahn zwischen Berlin und Warschau zu begrüßen.

Die Verhandlungen für den umfassenden Vertrag über die Regelung gutnachbarschaftlicher Beziehungen sind nach allem, was erkennbar ist, auf dem richtigen Weg. Es wäre zu wünschen, daß möglichst konkrete Vereinbarungen auf allen vorher geschilderten Gebieten zustande kommen.

Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt alle Bemühungen, die deutsch-polnischen Beziehungen zu vertiefen und die dafür auch notwendigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

(-/13.11.1990/rs/ks)

DOKUMENTATION

Ökologische Selbstverpflichtung - Ein Aufruf zum Handeln (Teil I)

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Müller hat die Erklärung initiiert, in der praktische Konsequenzen aus den vorliegenden Erkenntnissen über die fortschreitende Umweltzerstörung verlangt werden. Die Erklärung wurde unter anderem von namhaften Wissenschaftlern und Politikern unterzeichnet. Wir dokumentieren die Erklärung im Wortlaut.

Der Widerspruch unserer Zeit: Alle wissen Bescheid, aber getan wird wenig

I.

Neben der Bewahrung des Friedens ist die schleichende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen das wichtigste Thema der Gegenwart. Die UnterzeichnerInnen sind besorgt, daß diese Lebensfrage der Industriegesellschaften durch die Selbstgefälligkeit des Westens angesichts der Entwicklung im Osten noch mehr als bisher in den Hintergrund gedrängt wird. Anfang Oktober 1990 hat die Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre" dem Bundestag einen schonungslosen Bericht über die Auswirkungen der menschlichen Eingriffe in das Klimasystem detailliert aufgelistet. Als Folgen sind nicht nur die Erderwärmung zu sehen, sondern auch gravierende Veränderungen in Niederschlagsverteilung, Windverhältnissen und Meeresströmungen.

Die Deformation der Natur vollzieht sich mit zunehmender Intensität und Geschwindigkeit. Wenn es nicht schnell zu einem grundlegenden Umbau der Industriegesellschaften kommt, ist eine Klimakatastrophe nicht mehr zu verhindern. Die Klimadaten verändern sich bereits dreimal schneller, als dies selbst für eine noch unbelastete Natur zu verantworten wäre. Wenn dieser Trend anhält, wird der künstliche Temperaturanstieg in ungefähr 100 Jahren etwa so groß sein wie die Veränderung seit der letzten Eiszeit vor 18.000 Jahren. Die durchaus realistischen Folgen für die nächste Zukunft wären Hungersnöte, Völkerwanderungen (Umweltflüchtlinge), Wetterextreme und internationale Verteilungskonflikte um knapp werdende ökologische Güter.

In Bundestag und Öffentlichkeit ist der Bericht der Enquete-Kommission auf wenig Resonanz gestoßen. Wir fragen uns: Was muß noch bekannt werden, damit endlich gehandelt wird? Bereits heute wissen wir das Hundertfache dessen, was wir wissen müßten, um umzudenken und anders zu handeln. Was uns offenkundig fehlt, ist die Fähigkeit zur wirklichen Einsicht, um so zu lernen und zu verstehen, daß wir uns nicht länger vor den richtigen Schlußfolgerungen drücken können.

Unsere "Ökologische Selbstverpflichtung - Aufruf zum Handeln" richtet sich gegen das folgenlose Geschwätz, das von Politikern, Unternehmern, Gewerkschaftern und Journalisten, auch das alternative Geschwätz oder die Ausflüchte vieler Wissenschaftler, wenn Tacheles geredet werden muß. Wir alle wissen, spüren zumindest, daß es nicht mehr wie bisher weitergehen kann. Und wir wissen durchaus, in welche Richtung gehandelt werden müßte. Dennoch bleiben praktische Konsequenzen weitgehend aus. Diese Kluft zwischen unserem Wissen und unserem Tun ist unerträglich.

Wir haben uns mit unserer Rücksichtslosigkeit gegenüber der Natur in eine große Gefahr gebracht. Wir dürfen vor einer ungeschminkten Bestandsaufnahme nicht zurückschrecken, aber wir dürfen auch nicht die Kräfte ausschalten, die eine Wende zum Besseren bewirken können: Die Hoffnung und der Mut zum Handeln. Der Mensch ist in der Lage durch Einsicht in die ökologischen Grenzen und durch solidarisches Teilen die Selbstzerstörung unserer Zivilisation zu verhindern. Eine Kritik der ökologischen Unvernunft, die die alternativen Handlungsmöglichkeiten in den Blick rückt, ist von daher dringend erforderlich.

II.

Eine Bestandsaufnahme der Wirksamkeit bisheriger Umweltpolitik kommt zu einem ernüchternden Ergebnis: In einigen Teilbereichen konnten zwar reparierende Verbesserungen erreicht werden, jedoch ist insgesamt der Trend zum Ökozid ungebrochen. Waldsterben, Ozonabbau oder Klimaveränderungen stehen beispielhaft für eine neue, globale Dimension in der Vernichtung natürlicher Lebensgrundlagen. Ohne schnelle Kurskorrektur steuert die Menschheit auf eine epochale Krise zu, durch die die Kontinuität unserer Zivilisation abzureißen droht und die Natur, nach der kurzen Phase menschlicher Überhebung, wieder die Rolle des Hauptakteurs einnehmen wird.

Alle Umfragen belegen die Bedeutung, die heute dem Umweltschutz im Bewußtsein der Menschen zukommt und welche Sorgen uns alle bedrücken. Aber auch die Umweltpolitik kennzeichnet jene "Verdoppelung", die für die Mediengesellschaft typisch ist: Auf der einen Seite das alltägliche Verhalten und die praktische Politik, beides weit weg von redlichen Problemö-

sungen, auf der anderen Seite die Selbsttäuschung, das 'Als-ob' für den elektronischen Guckkasten oder die Presseerklärung. Für die mediengerechte Darstellung kommt es weniger auf die Taten an als auf den Eindruck, der erzeugt wird. So droht der Schutz der Natur zum folgenlosen Show-Geschäft zu verkommen. Betroffenheit reicht offenkundig nicht aus, das Handeln tatsächlich zu ändern. Wirklich betroffen von der Naturzerstörung scheinen wir nur dort zu sein, wo diese "gedehnte Katastrophe" schneller voranschreitet als die allgemeine Gewöhnung an die fast schon alltäglichen Katastrophenmeldungen.

Wir wissen, daß die lebenszerstörenden Entwicklungen vor allem von den Funktionsmechanismen der Ökonomie ausgehen. Aber auch diejenigen, welche die Umweltkrise zu Recht beklagen, betreiben sie selber mit. Es wäre deshalb zu einfach, nur politische Maßnahmen einzuklagen, aber nicht zu begreifen, daß wir alle Mitspieler bei der alltäglichen Umweltzerstörung sind. Millionen von Menschen sind im Prinzip für den Umweltschutz, doch sie unternehmen dafür praktisch kaum etwas.

III.

Auch in unserem Land ist, trotz der selbstgefälligen Behauptung des "Weltmeisters im Umweltschutz" keines der drängenden Probleme wirklich gelöst. Mit welchem Recht, so fragen wir, wird der Zusammenbruch Osteuropas als ein Erfolg der westlichen Wirtschaften gefeiert? Trotz eines höheren technischen Niveaus und einer effizienteren Wirtschaft sind die westlichen Industrieländer noch immer die Hauptverursacher der weltweiten Umweltzerstörung. Unter ökologischen Gesichtspunkten sind sie im Grunde bankrott, sie haben, global gesehen, ihre "Verschmutzungsrechte" aufgebraucht. Sie sind wirtschaftlich und politisch nicht zuletzt deshalb so stark, weil sie sich gegenüber den Konsequenzen aus dem eigenen Fehlverhalten abzuschotten vermögen.

Der Schlüssel für eine friedliche Zukunft der Weltgesellschaft liegt zuvorderst im sozial-ökologischen Umbau der Industrieländer. Sie können aufgrund ihres Reichtums bei größerer Verteilungsgerechtigkeit auch Verzicht üben. Doch bisher spricht alles dafür, daß sie, daß wir in dieser historischen Situation versagen. Zu einer neuen globalen Friedens- und Sicherheitspolitik gehört nämlich die Einsicht, daß vor allem in den westlichen Industrieländern das heute auch auf dem Weltmarkt dominierende Modell von Wachstum und Entwicklung reformiert und die Teilung der Welt durch Teilen überwunden werden muß.

IV.

Die Frage der deutschen Vereinigung hat das Umweltthema in der Öffentlichkeit weitgehend verdrängt. Die Bundesregierung hat bisher in diesem Prozeß auf ökologische Notwendigkeiten keine Rücksicht genommen (zum Beispiel beim "Stromvertrag"). In der früheren DDR soll eine abgewirtschaftete Ideologie durch die für die "Bewahrung der Schöpfung" ebenso fragwürdige Ideologie des Wirtschaftsegoismus ersetzt werden. Der östliche Teil Deutschlands wird als Markt behandelt, nicht aber als ein Lebensraum, der ökologischer und sozialer Gestaltung bedarf. Hier sind wichtige Chancen einer umweltverträglichen Neuordnung vertan worden. Darüber hinaus wird diese Entwicklung von manchen als Deckmantel für anhaltendes umweltpolitisches Nichtstun mißbraucht.

V.

Was das letzte Jahrzehnt so einzigartig macht, sind Tempo, Umfang und Komplexität, mit denen sich die Umweltzerstörungen verschärfen und die Welt zu einer zerbrechlichen Einheit machen. Die Umweltzerstörung hat eine neue Dimension angenommen, die durch vier wesentliche Merkmale gekennzeichnet ist:

a) **Beschleunigung:** Von der Beeinträchtigung der natürlichen Lebensgrundlagen Luft, Wasser, Boden, Artenvielfalt und Nährstoffversorgung entfallen in den vergangenen 300 Jahren mehr als die Hälfte auf die letzten drei Jahrzehnte! Rund 40 Länder können sich in absehbarer Zeit nicht mehr selbst ausreichend mit Wasser versorgen. Nach Untersuchungen der Vereinten Nationen ist eine Landfläche so groß wie der gesamte afrikanische Kontinent von Wüstenbildung bedroht. Pro Stunde stirbt im Schnitt eine Art aus.

b) Globale Ebene: Die Umweltzerstörung hat die globale Ebene erreicht. Die Hauptverursacher hierfür sind die Industrieländer, aber die Hauptbetroffenen werden die Entwicklungsländer sein. Hierin liegt die Gefahr einer globalen, ökologisch verkleisterten Apartheid zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern.

c) Zeitversetztheit: Große Umweltschäden zeigen sich in ihrem tatsächlichen Ausmaß erst zeitversetzt, Klimaverschiebungen beispielsweise 30 bis 40 Jahre später. Wenn wir die mögliche Zukunft nicht in der Gegenwart mitbedenken, bleibt später - wenn überhaupt - nur die diktierte Anpassung an die Folgen.

d) Nichtwissen und Unsicherheit: Die Reaktion belasteter Ökosysteme kann nicht exakt vorhergesagt werden, ein plötzliches Umkippen ist möglich. Auch können sich aus veränderten Wechselbeziehungen zwischen einzelnen Umweltfaktoren sprunghafte Änderungen im Gesamtverhalten ergeben. Ein Beispiel für einen derartigen "Sprungpunkt" ist die starke Zunahme von Orkanen in den letzten Jahren durch Veränderungen im Verhältnis Ozean und Troposphäre.

Die reale Gefahr einer weltweiten Klimakatastrophe bündelt diese Bedrohungen wie in einem Brennglas. In den nächsten 40 Jahren ist ein von Menschen verursachter künstlicher Temperaturanstieg auf der Erde um plus 2,5 C zu erwarten, bis zum Ende des nächsten Jahrhunderts sogar um 5 C. Klimaforscher warnen, daß die kritische Grenze bei einem Anstieg um 1,5 C pro Jahrhundert liegt. Dies hätte schon erhebliche Auswirkungen für Natur und Mensch.

VI.

Die Grenzen der Tragfähigkeit und Erdökosysteme sind erreicht. Diese Erkenntnis ist an und für sich bereits dramatisch genug. Sie erfährt jedoch eine weitere Zuspitzung aus der ökonomischen und sozialen "Spaltung der Welt", die sich in den 80er Jahren weiter vertieft hat.

a) Der wirtschaftliche Reichtum ist ungleich und ungerecht verteilt. Die Industrieländer, ein Viertel der Menschheit, wirtschaften nicht nur auf Kosten der Natur, sondern auch auf Kosten der "Dritten Welt". Sie fragen über 75 Prozent der kommerziellen Energie nach und sind für rund 80 Prozent der Kohlendioxid-Emissionen verantwortlich. Unser Land liegt in der Energienachfrage pro Kopf 3,5 mal über dem Weltdurchschnitt und mit 5,3 Prozent an 4. Stelle der größten Kohlendioxid-Emittenten. Allein in der früheren Bundesrepublik gibt es viermal mehr Autos als auf dem gesamten afrikanischen Kontinent.

b) Rund drei Viertel der Menschheit steht erst vor der industriellen Entwicklung ihrer Wirtschaft, die nicht zuletzt aus sozialen Gründen notwendig ist. Rund 800 Millionen Menschen zählen zu den Ärmsten der Armen mit weniger als 200 Dollar pro Kopf und Jahr. Bei einem Viertel der Weltbevölkerung liegt die Kindersterblichkeit über zehn Prozent.

c) Das Bevölkerungswachstum ist zwar nicht der Grund der weltweiten Umweltkrise, aber es spitzt sie weiter zu. Bis zum Jahr 2025 rechnen die Vereinten Nationen mit einem vor allem arbeitsbedingten Anstieg der Weltbevölkerung von heute 5,3 auf rund 8,5 Milliarden Menschen.

Weitreichende Veränderungen und Eingriffe sind notwendig. Um das Klimasystem zu stabilisieren, müssen nach Auffassung der Weltklimakonferenz von Toronto die energiebedingten Emissionen bis zum Jahr 2050 global um 50 Prozent reduziert werden. Heute produzieren 5,3 Milliarden Menschen fast 21 Milliarden Tonnen Kohlendioxid pro Jahr, im Jahr 2050 dürfen es nur noch rund zehn Milliarden Tonnen sein. Oder anders ausgedrückt: Da dann mindestens zehn Milliarden Menschen auf der Erde leben werden, dürfte nach Gleichheitsgrundsätzen im Schnitt nur noch eine Tonne Kohlendioxid pro Jahr und Kopf freigesetzt werden. Unser Land liegt derzeit bei 13,7 Tonnen pro Kopf. Daran allein wird deutlich, wie groß die Herausforderung ist, die wir zu bewältigen haben.

(-/13.11.1990/rs/ks)

(Fortsetzung folgt in unserer morgigen Ausgabe)